

Bezugsgebühr:

Stundentarif 2 M. 20 Pf. durch die Post 3 M.

Die "Dresdner Nachrichten" erscheinen täglich Morgens, die Postzeit in Dresden und den nahen Umgegenden, wo die Ausgabung durch eigene Posten oder Postmeistereien erfolgt, erhalten wird. Einzelne Postämter haben, wie auch Posten oder Postmeistereien, die nicht auf dem Postamt oder Postamt liegen, in zwei Postämtern unterteilt.

Für Bürgerschreiber Schriften keine Verbindlichkeit.

Rauchwaren aller Art u. Originaleinrichtungen nur mit deutlicher Quellenangabe. Dresden, Markt 1.

Widmung.

Teleg. Adressen:

Nachrichten Dresden.

Dresdner Nachrichten

Lobeck & Co.

Hoflieferanten Sr. Majestät des Königs von Sachsen.
Chocoladen, Cacaos, Desserts.

Einzelverkauf Dresden, Altmarkt 2.

Anzeigen-Carif.

Abnahme von Aufnahmen bis Nachmittags 3 Uhr. Sonn- und Feiertags vor Mittagstrafe ab von 11 bis 12 Uhr. Die 1 halbe Stunde zelle ist. 8 Silben) 20 Pf. Abfertigungen aus der Gewerbezeitung 25 Pf., die zweitl. Seite als Einzelblatt oder auf Tafeln 30 Pf. Am Ruhmern nach Sonn- und Feiertagen 1. bei zwölfzig Gründen 30, 40 bis 60 und 80 Pf. nach besonderem Tarif. Submition Aufträge nur ohne Gewerbezeitung. Belegblätter werden mit 10 Pf. berechnet.

Bernbrechendstilus:
Nr. I Nr. II und Nr. 2006.

Gegründet 1856.

Größtes und feinstes Spielwaren-Haus

Dresden-A. B. A. Müller Pragerstr. 32

Königl. Sachs. Hoflieferant

Lawn-Tennis-Ausstellung.

Sport- und Spielwaren-Preisliste

mit ca. 400 Abbildungen sofort erschienen.

Kostenlos Zustellung.



Haupt-Geschäftsstelle:
Marienstr. 38.

Einzelverkauf Dresden, Altmarkt 2.

Bernbrechendstilus:
Nr. I Nr. II und Nr. 2006.



Julius Schädlich

Am See 16, part. u. 1. Et.

Beleuchtungs-Gegenstände

für Gas, elektr. Licht, Petroleum, Kerzen.

Vollständige Touristen-Ausrüstungen

in grösster Auswahl empfiehlt

Jos. Fiechtl aus Tirol
Schlossstr. 23, part. und 1. Etage.

Mr. 205. Spiegel: Solltariverhandlungen. Hofschriften, Kathol. Hochzeit, Preisscheine und Sachen | Wuthmäßliche Witterung: Ehe warm, Gewitterneigung.

Sonntag, 27. Juli 1902.

Für die Bade- und Reisezeit.

Die geachten Leser der "Dresdner Nachrichten", welche unser Plan durch die hiesige Geschäftsstelle beziehen und dessen Ausführung nach den Sommer-Aufenthaltsorten wünschen, wollen der unterzeichneten Geschäftsstelle rechtzeitig darüber Mitteilung zugehen lassen, damit die Überweisung bzw. Weiterleitung durch die Kaiser-Post pünktlich erfolgen kann. Dem Überweisungsantrage ist deutsche Namens-, Orts- und Wohnungsnachricht beigezogen, auch ist die im Deutschen Reichspostgebiet - Österreich berechnete noch besondere Gebühren - erforderliche Überweisungsgebühr von 1 M. für ein Kalender-Briefstück, 40 Pf. für 1 Monat nicht etwa noch zu entrichten. Überweisungen, welche innthalten eins Monats beginnen und im Laufe des nächstfolgenden Monats ablaufen, sind die Überweisungsgebühren für 2 Monate - 80 Pf. zu entrichten. Die Überweisungen verstecken sich postlagernd, wenn im Deutschen Reichspostgebiete aber auch mit Justierung des Blattes bis die Wohnung beantragt werden; das Bestellgut von p 14 Pf. für den Monat würde dann gleichfalls vorher an uns mit zu zahlen sein.

Zur Dienstzeit, welche die "Dresdner Nachrichten" täglich auf Reisen zu lesen wünschen, aber ihren Aufenthaltsort häufig wechseln, sind besondere Reise-Kreuzbandendungen eingerichtet und bestellt bei möglichster Versendung nach jedem Ort im Deutschen Reich und Österreich-Ungarn (bis zu 100 Gramm) monatlich 2 M. 80 Pf., nach den Ländern des Weltpostvereins monatlich 4 M. 50 Pf.

Die Leser, welche die "Dresdner Nachrichten" durch die Post empfangen, wollen dagegen sich in gleicher Anlegenhheit nur an das Postamt ihres Wohnortes wenden, bei welchem ihre laufende Beziehung erfolgt ist. Überweisungen innerhalb des Deutschen Reichspostgebietes werden seitens der Postämter gegen eine Gebühr von 50 Pf. im Berthe mit Österreich und fremden Ländern gegen eine solche von 1 M. ausgeführt.

Geschäftsstelle der Dresdner Nachrichten
Marienstraße 38.

Zollpolitische Veränderungen.

Der Zolltarif wird nachgerade zum Schmolltarif; denn einer der beteiligten Hoftoren noch dem anderen zieht sich in den Schmollwinkel zurück. Ganz leise die radikale freihändlerische Linke mit Obstruktionssuchen ein. Dennoch kommt der plötzliche Umfall des Centralverbundes deutscher Industrieller, der in seinem Organ, der "Deutschen Industriezeitung", der Regierung empfahl, sich der ganzen Zolltarifplakareien fürzt Hand dadurch zu entledigen, daß sie den Entwurf preisgabe, unverzüglich Vertragsverhandlungen mit dem Ausland einzuleiten und mit den neuen Tarifanträgen in der Wappe unter der geschmiedeten Devise: "Frik Vogel oder stirb!" vor den Reichstag trete, der dann nur die Wohl habe, die Verträge im Ganzen entweder anzunehmen oder abzulehnen. Dieser Vorschlag wurde indessen gleich darauf in einer Gegenkundgebung des Verbandes als ein bloßer "gelegentlicher Ausbruch des Unmuths" bezeichnet, der nichts Ernstliches zu bedeuten habe und insbesondere keine grundhäßliche Schwenfung der maßgebenden tariffreundlichen Kreise der deutschen Industrie darstelle. Außerdem hat sich nun auch der Herr und Meister des Zolltarifentwurfs selbst, Graf Posadowsky, zu einer pessimistischen Neuerung im Auffall vertreten lassen. Das kam so:

In einer der letzten Sitzungen der Zolltarifkommission war eine Erhöhung des Zolles auf Plastersteine beschlossen worden, obwohl der Staatssekretär des Innern sich bestimmt dagegen ausgesprochen und u. U. erklärt hatte, eine solche Maßregel "verstoße gegen das Landeskulturrentere". In der Debatte darüber gab es ziemlich scharfe gerechte Auseinandersetzungen. Der national-liberale Abgeordnete Bauché machte sogar dem Grafen Posadowsky indirekt den Vorwurf des Manchestertums, indem er spöttisch bemerkte, die Gründe des Ministers liegen sich schließlich gegen jeden Zoll verwerthen. Der WiderSpruch gegen die Posadowsky'sche Aussage land auch in den Reihen der Bundesvertreter ein unerwartetes Echo. Der sächsische Vertreter verhagte ebenfalls ausdrücklich den Gründen des Staatssekretärs seine Zustimmung, wenngleich er die Vorlage nicht gerade befürwortete. Der böhmisches Bevollmächtigte hingegen trat offen gegen den Standpunkt des Entwurfs auf und die nach seiner Meinung zu leichten Zölle auf Steine wurden ihm zu schweren Steinen des Anstoßes. Der böhmisches Vertreter suchte die errogenen Gemüther zu beschwichtigen und teilte dabei die interessante, bislang fast allgemein bewiesene Thatsache mit, daß der Entwurf im Ganzen f. g. im Bundesrat einstimmig genehmigt worden sei. Das jetzige Vorlommix beweist aber jedenfalls wie schwer es gehalten haben mag, eine solche Einigkeit herzustellen; wird doch von den Gedankenpöhern und Geschichtenträgern mit unverkennbarer Schadenfreude behauptet, die Vertreter der Einzelstaaten hätten

sich die Sache vielfach anders überlegt und stellten sich befußt, gelben Punkte ist jetzt nur noch Legende, und die Reichsregierung ist nicht mehr in der Lage, ihre Vorlage als eine solche hinzustellen, der gegenüber alle Abänderungen schlechtweg unannehbar seien. Vielmehr erscheint die Folgerung durchaus schlüssig, daß die verbündeten Regierungen, wenn sie selbst die Kommissions-Verhandlungen benutzen, um den Tarif in ihrem Sinne und nach den Wünschen und Bedürfnissen ihrer Interessentenkreise zu verbessern, auch der Kommissionsmehrheit gegenüber nicht ferne die Fiktion aufrecht erhalten dürfen, daß die Tarifvorlage in ihrer ursprünglichen Gestalt ein unabdingbar kräftele Rücksichtnahme darstelle. Angesichts dieser Wendung der Dinge kann man dem schroffen "Unannehmbar!", das von den maßgebenden Persönlichkeiten der Reichsregierung unter Verwendung auf die angebliche Einigkeit des Bundesrats der Kommission wiederholzt zugetragen worden ist, nachträglich keine besonders günstige Gewinn ertheilen. Inzwischen dürfte Graf Posadowsky schon selbst eingesehen haben, daß allzu scharf schriftzt macht. Er hat nämlich die Freigabe der Kommission benötigt, um für den Tarif eine Panne zu brechen, indem er den Sozialdemokraten eine gründliche Lektion über das falsche ihres freihändlerischen Standpunktes los und ihre Behauptung, daß die freihändlerischen Staaten in höherer Würde als die schwarzösterreichischen ständen, widerlegt. Tie von den Sozialdemokraten geforderte Zollfreiheit würde nur den Erfolg haben, daß im wirtschaftlichen Leben Deutschlands die Ruhe des Kirchhofes herrsche. Der Minister wurde bei seinem Vorgehen gegen die Sozialdemokratie bemerkenswerther Weise sogar von freiliberale Seite unterstützt, indem der freiliberale Redner auf gewisse Folgewidrigkeiten in dem zollpolitischen Verhalten der Sozialdemokraten hinweist. Hierach scheint also Graf Posadowsky in der Kommission wieder fest im Sattel zu sitzen und der Zwischenfall darf als beigelegt gelten.

Im Anschluß hieran hat sich unter den politischen Gelehrten eine hitzige Debatte darüber entsponnen, ob denn nun mit dem Zolltarif wirklich Alles aus und vorbei sei, oder ob man noch immer Hoffnung hegen dürfe. Von grohem psychologischem Interesse ist es, zu beobachten, wie sich jede politische Richtung die Antwort auf jene Frage nach ihrem besondern Interessenstandpunkte zurechtmacht. Die Offiziösen nehmen den ganzen Vorfall auf die leichteste Achse und erklären mit der Wiene weiterlichen Wohlwollens: "Ander, regt Euch doch um solche Kleinigkeit nicht unnütz auf! Auch Minister sind schließlich nur Menschen, denen mal die Galle überläuft und die dann ebenso wie gewöhnliche Sterbliche etwas reden, das nicht auf die Goldwaage gelegt werden darf." Die radikale Linke führt sich durch das Vorlommix darüber aufgemuntert und entpuppt sich als Verfechter der unbedingten Regierungsbefähigung. Der Reichstag sei überhaupt nicht "befähigt", einen guten Zolltarif fertigzustellen; das könne nur die Regierung auf dem Wege von Handelsvertragsverhandlungen. Die Herren arbeiten, wie man sieht, nach berühmten, aber sonst immer streng von ihnen verpönten Mustern: "Die Regierung absolut, wenn sie unseren Willen thut!". Eine nette Kategorie von "Freiheits- und Verfassungswächtern"! Die schärfere Richtung unter den Schutzölkern verkündet, daß die Drohung des Grafen Posadowsky sie fühlt bis an's Herz hinauf läßt. Diesem Zolltarif, so wie er nach dem Entwurf ist und auch in der Gestalt, die er in der Kommission bisher erhalten hat, werde die Landwirtschaft keine Thräne nachweinen. Scheitere er, so sei höchstens die Industrie die Leidtragende. Sie möge daher zweben, daß sie einen besseren, auch der Landwirtschaft gerecht werdenden Tarif bei der Regierung durchbringe. Das hat natürlich wieder die industriellen Kreise verschafft und so darf man sich denn nicht wundern, wenn es aus dem Walde so herausfällt, wie es hinein gerufen worden ist. Es finden sich u. A. Andeutungen über eine alle anderen Zweige des Erwerbslebens umfassende Koalition gegen die Landwirtschaft, wenn diese nicht die Herrschaft des Bundes der Landwirthe von sich abschüttle. Derartige gegenseitige Liebenswürdigkeiten sind selbstverständlich nicht tragisch zu nehmen.

Immerhin können sich die Vertreter der gemäßigten schwarzösterreichischen Richtung, die im Wesentlichen auf dem Boden der Regierungsvorlage einen Ausgleich der Interessen herbeigeführt sehen möchten, eines gewissen Gefüls der Vollkommenheit angehoben so unfehlbarer Vorfälle und unerquällicher Krötterungen nicht erweichen. Selbst wenn man es als ausgemacht betrachtet, daß Graf Posadowsky lediglich von der Gewalt des Augenblicks fortgerissen worden sei und daß er, falls er überhaupt eine bestimmte Absicht mit seiner Neuherierung verfolgte, nichts Anderes beabsichtete, als einen Druck auf die Kommission auszuüben, indem er sich so pessimistisch wie möglich ausläßt, selbst dann wird auch der unvoreingenommene Beurtheiler, nicht umhin können, das Ereignis als ein nicht gerade günstiges Symptom der zollpolitischen Lage zu bewerten. Die Freunde eines gleichmäßigen Schubes der nationalen Gütererzeugung müssen notwendig stützig werden, wenn derartige Neuerungen gerade von der Seite kommen, auf der man bisher doch allem Anschein nach an der Zuerstfest gehalten hat, durch ernste und gebuldige Arbeit zu einem Ergebnis der Verhandlungen zu gelangen, das den oft dargelegten Bedingungen eines Ausgleichs auf mittlerer Linie entspricht. Reicht jetzt auch dem Staatssekretär des Innern der Geduldssoden, so kann man Denen nicht Unrecht geben, welche die Frage antworten, bei wem er denn eigentlich noch halten soll:

Auf der anderen Seite darf aber auch nicht verkannt werden, daß die Stellung der schwarzösterreichischen Mehrheit in der Kommission durch die hier erörterten Vorgänge jedenfalls insofern eine Verbesserung erfahren hat, als durch das kritische Verhalten der erwähnten Bundesrathäfen der Regierung die Hauptrasse, mit der sie gegen jede Erhöhung der Zollhöhe über die Vorlage hinaus zu fechten pflegte, aus der Hand gewunden ist. Das heißt Alles nichts, die angebliche lücklose Einmütigkeit der Regierungen über den Inhalt des Entwurfs in jedem ein-

Neueste Drahtmeldungen vom 26. Juli.

(Nachst eingehende Teile befinden sich Seite 4.)

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Annahme, daß durch den Entwurf des preußischen Kultusministers vom 23. Juni d. J. die Zulassungsbefreiungen für die Russinnen an preußischen Universitäten anders, und zwar schwieriger, gestaltet seien, als für die sonstigen ausländischen und inländischen Studentinnen wird offiziell für irrtig erklärt. Es sei nicht im Entferntesten daran abgedacht, die Russinnen ungünstiger zu behandeln, als andere Ausländerinnen, vielmehr gelte für alle Ausländerinnen ohne Unterschied der Grundzustand, daß sie unter denselben Bedingungen zugelassen seien, wie die Inländerinnen. Besonders der Russinnen die Russischen Mädchengymnasien im Vergleich zu unseren Lehrerinnen zu berücksichtigen seien. Lediglich auf die Frage dürfte der Entwurf bezogen werden.

Hamburg. Die "Hamburger Börse" schreibt: Die Unruhen in Haiti haben legtzhin einen recht bedrohlichen Charakter angenommen, und es ist zu befürchten, daß es zu erneuten Kämpfen zwischen den verschiedenen Pröfidenten kommen wird. Wenn das eintritt, wird auch das Haf und Hafen der fremden Firmen in Gefahr kommen, unter denen die Deutschen bekanntlich eine hervorragende Stellung einnehmen. Die in Woldington etablierte Vorstellung zur Errichtung eines Kriegsschiffes hat bereits Erfolg gehabt. Nach einem heute hier eingetroffenen Brinattelegramm, hat das amerikanische Kriegsschiff "Mohican" Ordre erhalten, von Colon nach Kap Haitien zu gehen, und hat am 25. d. M. Colon bereits verlassen, so daß es am 27. d. M. in Kap Haitien eintreffen kann. Auch das Eintreffen eines deutschen Kriegsschiffes ist dringend erwünscht.

Bremen. (Priv.-Tel.) Obwohl die Versuche, den Landstapfer "Trier" abzubringen, noch fortgelebt werden, hat man an maßgebender Stelle sehr wenig Hoffnung auf Erfolg. Die Meliorationen von Seeräubern werden für übertrieben erklärt.

Mainz. (Priv.-Tel.) Der Lieutenant Vogt vom 13. Infanterie-Regiment, der vor einem Jahre wegen Duells zu zwei Jahren Festung verurtheilt wurde, ist begnadigt worden.

München. (Priv.-Tel.) Der Prinz Regent empfing heute außen dem bayerischen Gesandten Freiherrn v. Arxen aus dem spanischen Botschafter in Berlin zur Übereichung seines neuen Beglaubigungsschreibens.

München. (Priv.-Tel.) Der bayerische Gesandte in Wien, Freiherr von Podehl, ist heute Vormittag nach Wien zurückgekehrt.

Beuthen. (Priv.-Tel.) Der Landwirtschaftsminister hat den Antrag der oberösterreichischen Fleischfertigstellungen, die Einfuhr lebender Schweine aus Österreich-Ungarn zu gestatten,